



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist außerordentlich bedauerlich, dass wir Europäer es erleben müssen, dass ein amerikanischer Präsident mit Hinweis auf eine angebliche Gefährdung der nationalen Sicherheit Strafzölle gegen seine europäischen Bündnispartner verhängt. Wir dürfen das als EU nicht achselzuckend hinnehmen, sondern müssen unsere Geschlossenheit demonstrieren, in dem wir durch angemessene Gegenmaßnahmen antworten. Wir und Kanada wählen den in der Welthandelsorganisation dafür vorgesehenen Weg, der auch noch eine Dialogphase vorsieht.

AUS DEM INHALT Ausgabe Juni 2018

- **Datenschutz-Grundverordnung**
- **US-Import-Zölle auf Stahl- und Aluminium**
- **Reform EU-Haushalt 2021-2027**
- **Kontrolle chinesischer Investoren**
- **Notrufsystem „eCall 112“**
- **Jugendaustausch „Erasmus“**

Auch in Sachen Iran-Abkommen gehen die USA leider eigene Wege und steigen aus. Für uns bleibt vorrangig, durch dieses Abkommen eine iranische Atombombe zu verhindern. So sieht das die ganze Welt außer den USA und Israel. Ich sehe nicht, wie sich die Sicherheit Israels dadurch verbessert, wenn der Iran sich nicht mehr an das Atom-Abkommen gebunden fühlt.

Und dann noch Italien! Eine rechts-links-populistische Koalition, die insbesondere in Sachen Lega Nord antieuropäische Töne von sich gibt. Da bleibt zunächst die Hoffnung, dass in der praktischen Politik doch nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Auch hier ist seitens der EU-Kommission und bilateral wichtig, den Dialog mit der Regierung in Rom zu führen.

Im Westen nichts Neues - soweit es um den Brexit geht. Aber die Zeit läuft ab. Es wäre schön, wenn die Regierung in London sich mal einigen würde, was sie will, z.B. inner- oder außerhalb der Zollunion bleiben zu wollen. Sonst läuft das unter Umständen auf einen harten Brexit ohne Übergangsphase raus – oder am Ende wegen Chaos auf ein zweites Referendum?

Es bleibt spannend bei vielen Themen! Ich grüße Sie herzlich!

Michael Gahler



Einführung der Datenschutz-Grundverordnung



Derzeit führt die Anwendung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zu großen Verunsicherungen, insbesondere bei Vereinen und mittelständischen Unternehmen. Dies wäre jedoch nicht nötig gewesen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hätte sich eine zukunftsorientiertere Balance zwischen dem Schutz der Rechte des Einzelnen und praktikableren Regeln für die europäische

Wirtschaft gewünscht. Mit gezielteren Regelungen und mehr Ausnahmen für die alltägliche Datenverarbeitung durch Bürger, Vereine und kleine Unternehmen hätte dies verhindert werden können, was die anderen Fraktionen im Europäischen Parlament mehrheitlich leider nicht zugelassen haben. Das Ergebnis der Abstimmungen im Europäischen Parlament war daher keine Annahme dieser Herausforderungen mit Gestaltungswillen, son-

dern nach grün-roter Manier das alte Muster des angeblichen Schutzes des Einzelnen, was ihm aber letztlich wirtschaftlich und persönlich zum Nachteil gereicht.

Ferner kommt hinzu, dass diese Unsicherheit von den nationalen Datenschützern genutzt wird, um Standards im Markt unterzubringen, die europarechtlich keine Grundlage haben. Sie interpretieren das europäische Recht auf ihre Art und Weise und zwingen die Unternehmen zu Standards, die unseren digitalen Fortschritt wieder in Frage stellen und Innovationen stark behindern!

WEB-TIPP

Einen sehr guten Überblick für die praktische Handhabung liefert die Darstellung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für Vereine:

<https://tinyurl.com/y7r3uge2>

Christdemokratische Positionen zur Datenschutz-Grundverordnung

Wofür haben wir gekämpft?

- ▶ Eine generelle Ausnahme für Vereine hat eine

Mehrheit unter Führung von rot-grün leider verhindert.

- ▶ Maßvolle Geldbußen für Verstöße sind an einer linken Mehrheit gescheit-

tert. Bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes können fällig werden. Internetgiganten wie „Facebook“ oder „Google“ werden und müssen das stemmen, für Mittelständler aber kann das möglicherweise existenzbedrohend sein.

Was haben wir erreicht?

▶ Es gibt einige Ausnahmen für kleine Betriebe, Mittelständler und Vereine. So ist ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter für Unternehmen erst dann verpflichtend, wenn mindestens zehn Mitarbeiter ständig mit Datenver-

arbeitung befasst sind.

▶ Dokumentationspflichten zur Datenverarbeitung sind erst ab einer Schwelle von 250 Beschäftigten Vorschrift. Das kommt vielen kleinen Mittelständlern zugute.

Worauf kommt es jetzt an?

▶ Die Datenschutzbehörden sollten über die neuen EU-Standards aufklären und für eine maßvolle Auslegung der Vorschriften sorgen. Wir dürfen Unternehmen oder Vereine, die vom für unser Gemeinwesen so wichtigen ehrenamtlichen Engagement leben, nicht unnötig belasten.

▶ Einige Anforderungen schießen über das Ziel der DSGVO hinaus. Arztpraxen etwa sind nicht in erster Linie Datenverarbeiter, sondern Gesundheitsdienstleister. Wir müssen immer die Alltagssituation im Blick behalten.

▶ Erste Praxiserfahrungen mit der DSGVO müssen wir uns genau ansehen. Deutschland sollte Erfahrungen mit den EU-Partnern austauschen und auch von anderen lernen. In Österreich etwa soll es erst eine Abmahnung geben, bevor Strafen verhängt werden.

US-Import-Zölle auf Stahl- und Aluminium aus der EU

Bedauerlicherweise wurden am 1. Juni einseitig von den USA Import-Zölle auf Stahl- und Aluminium aus der EU und anderen Regionen verhängt. Rücksichtslose Alleingänge sind in unserer komplexen und unsicheren Welt jedoch keine Tugend.

Die derzeitige US-Handelspolitik hat leider vor allem den kurzfristigen Vorteil im Sinn. Dies wird sich jedoch bald als Irrweg erweisen. Gleichzeitig steckt die EU nun in einer Zwickmühle. Nichtstun würde

zu Folgemaßnahmen geradezu einladen. Andererseits können nur ausgewogene Gegenmaßnahmen eine gefährliche Eskalation der Lage mit unabsehbaren Folgen verhindern.

Es ist richtig, dass die EU nun besonnen reagiert. Grundsätzlich gilt beim Thema Gegenmaßnahmen das Prinzip ‚weniger ist mehr‘, denn die EU ist aus gutem Grund

die offenste Handelsregion der Welt und setzt ihren Weg bereits mit einer Reihe neuer Handelsabkommen, unter anderem mit Japan, Singapur, und Mexiko, selbstbewusst fort.



Reform EU-Haushalt 2021-2027



Die Debatte um den nächsten Mehrjahreshaushalt der EU hat begonnen. In einer Entschließung forderte das Europaparlament am 30. Mai, den EU-Haushalt 2021-2017 deutlich aufzustocken. Die Herausforderungen für die EU sind enorm: Wir brauchen eine angemessene Finanzierung der neuen Aufgaben, wie Schutz der Außengren-

zen und Verteidigungsunion. Mehr Geld muss es auch für Forschungsförderung und das Studentenaustauschprogramm Erasmus + geben, damit Europa wettbewerbsfähig bleibt. Es geht aber nicht darum, den EU-Haushalt aufzublähen. Vielmehr ersetzt europäischer Mehrwert parallele nationale Anstrengungen. Und erreicht durch Syner-

gieeffekte insgesamt Einsparungen. Ein starkes Europa, das Ergebnisse liefert, gibt es nur dann, wenn wir die großen Aufgaben gemeinsam anpacken.

Mit den Briten und dem Brexit kommt der EU allerdings ein großer Nettozahler abhanden. Kein Land profitiert vom EU-Binnenmarkt so stark wie Deutschland mit seiner exportstarken Wirtschaft. Der Briten-Beitrag muss auf alle Schultern verteilt werden. Die unsolidarische Haltung einiger mittel- und osteuropäischer Staaten bei der Flüchtlingsverteilung sollte zu Kürzungen bei den EU-Fördermitteln führen können. Anfang Mai hatte die EU-Kommission ihren Vorschlag für die kommende EU-Finanzperiode 2021-2027 vorgelegt. Vorgesehen ist darin eine Erhöhung des Gesamtumfangs von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,13 Prozent. Die parlamentarischen Beratungen über den kommenden EU-Mehrjahreshaushalt sollen bereits nach der Sommerpause beginnen.

WEB-TIPP

Den Text finden Sie hier:

<https://tinyurl.com/y9kxevbe>

Strengere Kontrolle chinesischer Investoren

Künftig müssen Investoren aus Drittstaaten, die Unternehmen in der EU kaufen wollen, mit schärferen Prüfungen rechnen. Dazu sollen nach dem Willen des Handelsausschusses des Europaparlaments die Kriterien erweitert werden, die ein Verbot einer Übernahme ermöglichen. Künftig sollen darunter auch sensible Technologien wie Roboter oder künstliche Intelligenz fallen, aber auch Unternehmen aus den Bereichen Energie oder

Telekommunikation. Allein in Deutschland haben chinesische Investoren im Jahr 2017 Unternehmen im Wert von über 10 Milliarden Euro gekauft. Die neuen EU-Standards könnten schon bis zum Jahresende unter Dach und Fach sein.

Im Mittelpunkt soll ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten stehen. In die Bewertung einfließen soll unter anderem, ob die Investoren

staatlich kontrolliert sind, ob der Übernahmekandidat von EU-Förderung profitiert hat, oder ob die Unabhängigkeit der Medien gefährdet ist. Bei der künftigen EU-Regelung sollte aber darauf geachtet werden, dass die EU-Kommission eine wichtige Rolle bei der Prüfung spielt. Wenn Entscheidungen rein national getroffen werden, kann die strategische Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU leicht aus dem Blickfeld geraten.

Zukunft Europas

Durch die Brexit-Verhandlungen über einen EU-Austritt, die chaotischen Versuche der Regierungsbildung in Italien, und die Reform des EU-Haushalts hat die Debatte über die Zukunft Europas merklich an Dynamik gewonnen. Seit Anfang des Jahres steht das Plenum des Europaparlaments im Zentrum: Staats- und Regierungschefs geben sich die Klinke in die Hand, um ihre Debattenbeiträge mit den Europaabgeordneten zu diskutieren. Nachdem im April der französische Präsident Emmanuel Macron in Straßburg



war, debattierte im Mai der luxemburgische Regierung-

schef Xavier Bettel mit dem Europäischen Parlament.

Dabei sprach sich Bettel für die Nominierung von Spitzenkandidaten der Parteifamilien für die bevorstehenden Europawahlen aus. Ein Verfahren, das sich im Sinne der Bürgernähe bereits 2014 bewährt hat. Transnationale Wahllisten hingegen sind für CDU und CSU genau das Gegenteil von Bürgernähe. Abgeordnete müssen für ihre Wählerinnen und Wähler vor Ort da sein können. Kandidatinnen und Kandidaten aus Finnland oder Portugal können das für die Menschen

in Deutschland sicher nicht leisten.

Luxemburgs Premier erkannte auch die Notwendigkeit der Harmonisierung im Steuerbereich an, sprach sich aber für eine Senkung der Unternehmenssteuer in Europa aus. Im Mittelpunkt müsse die Wettbewerbsfähigkeit Europas stehen. Was Bettel dabei vergisst: Wichtiger ist jedoch, zunächst für Fairness im Steuerbereich zu sorgen. Bisher wird Steuerflucht auch innerhalb der EU

durch Länder wie Luxemburg begünstigt. Seit vielen Jahren versuchen Europaparlament und EU-Kommission, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung einzuführen. Damit würden Steuern überall nach der gleichen Berechnungsgrundlage erhoben, während die Höhe der Steuersätze weiterhin den Mitgliedstaaten überlassen bliebe. Bisher scheiterte das Vorhaben immer wieder am Einstimmigkeitserfordernis bei den Mitgliedstaaten.

EU-Schienenlärmkonsultation beginnt am 20. Juni

Der Schienengüterverkehr ist nach dem Straßenverkehr die zweitwichtigste Lärmquelle in Europa. Die Bekämpfung des durch den Schienengüterverkehr verursachten Lärms ist Thema eines Konsultationsverfahrens.

Dabei geht es u.a. um lärmabhängige Trassenentgelte. Gefragt werden Bürger oder Bürgervereinigungen, wobei es nicht um technische Details geht. Die Kommission hat in Aussicht gestellt, dass sie ggf. nach dem Ergebnis dieser Befragung die einschlägige Rechtsvorschrift zum lärmabhängigen Wegeentgelt vom 13. März 2015 (2015/429)

überarbeiten wird. Für das Fachpublikum ist im zweiten Quartal 2018 eine gezielte Konsultation geplant. Dann werden u.a. Infrastrukturbetreiber, Eisenbahnunternehmen, Wagenhalter, Wagenbesitzer, Dachorganisationen, Forschungseinrichtungen und Behörden befragt.

Derzeit lässt sich der Schienenlärm am wirksamsten durch die Nachrüstung der Güterwagen mit Verbundstoff-Bremssohlen mindern. Mit dieser technischen Lösung kann der Schienenlärm um bis zu 10 dB gesenkt werden; das entspricht einer Verringerung des vom menschl-

chen Gehör wahrgenommenen Lärms um 50 %.

Hauptziel der Verordnung ist es, Anreize zur Montage von Verbundstoff-Bremssohlen zu geben, indem die Kosten der Nachrüstung durch niedrigere Trassenentgelte ausgeglichen werden können.

WEB-TIPP

Konsultation
<https://bit.ly/2uGfvWH>
Fragebogen
<https://bit.ly/2GK33KI>
Fragen und Antworten für die Teilnehmer
<https://bit.ly/2pTP1Lr>
(EU) 2015/429
<https://bit.ly/2Gr4edV>

Notrufsystem „eCall 112“ verbessert die Sicherheit im Straßenverkehr



Ab 1. April 2018 ist das 112-basierte Notrufsystem „eCall“ EU-weit für alle Neuwagen verbindlich vorgeschrieben.

Die zuletzt am 19.03.2015 vom Parlament beratenen Rechtsvorschriften schreiben das für

alle neuen Typen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen vor. eCall wird bei einem schweren Zusammenstoß durch die Auslösung des Airbags automatisch aktiviert und meldet über das Satellitennavigationsystem Galileo den Standort des Fahrzeugs an die nächste Rettungsleitstelle. Übermittelt werden mit einer Genauigkeit von zehn Metern der

Standort, die Fahrtrichtung (besonders wichtig auf Autobahnen und in Tunneln) sowie die Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte und die Treibstoffart des Fahrzeugs. Das eCall-System speichert oder zeichnet aber keine Daten auf. Der Notruf kann auch durch

einen Zeugen manuell per Knopfdruck ausgelöst werden. Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen soll 2021 entschieden werden, ob das System auch in anderen Fahrzeugen eingebaut werden muss, z.B. in Bussen und Lastkraftwagen.

Schätzungen zufolge könnte eCall die Notfall-Reaktionen in städtischer Umgebung um 40 % und auf dem Land um 50 % beschleunigen und jährlich bis zu 2.500 Menschenleben retten.

WEB-TIPP

Pressemitteilung (Englisch)

<https://bit.ly/2uz6CxR>

Parlament vom 19.03.2015

<http://bit.ly/1ATyZyz>

Verordnungstext

<http://bit.ly/1zVvyMx>

Europäische Kommission möchte den Jugendaustausch verstärken

Die Kommission will im nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 die Mittel für das Erasmus-Programm erhöhen und hat am 30. Mai eine Verdoppelung auf 30 Mrd. Euro vorgeschlagen. Das

Programm bietet bereits jetzt mehreren Millionen junger Menschen in Europa die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder Lernerfahrungen zu sammeln – dabei erweitern

sie ihren Horizont, entwickeln ein Bewusstsein für Europa und verbessern gleichzeitig ihre Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit den doppelten Mitteln kann das Programm wichtige politische



Ziele unterstützen, etwa einen europäischen Bildungsraum bis 2025 zu schaffen und die europäische Identität durch Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik zu stärken.

Eine rasche Einigung über den gesamten langfristigen EU-Haushalt und die sektoralen Vorschläge ist wichtig, damit die EU-Mittel so bald wie möglich vor Ort Wirkung zeigen können. Verzögerungen würden die Durchführung des neuen Erasmus-Programms im ersten Jahr beeinträchtigen: So könnten fast 1 Million Menschen ihren Auslandsaufenthalt nicht antreten, und hunderttausende EU-finanzierter Projekte in den Bereichen allgemeine und be-

rufliche Bildung, Jugend und Sport könnten nicht rechtzeitig starten.

Bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahr 2019 wäre für einen nahtlosen Übergang zwischen der aktuellen langfristigen Finanzplanung (2014-2020) und der neuen Finanzplanung gesorgt. Damit wären Berechenbarkeit und Kontinuität der Finanzierung zum Vorteil aller Beteiligten gesichert.

Ihre Daten und mein Newsletter „Eurospots“

Sehr geehrte Newsletter-Abonnenten,

ich freue mich, Sie mit meinem Newsletter „Eurospots“ über die Arbeit des Europäischen Parlaments und meine Tätigkeiten gemäß Ihrem bisherigen Abonnement auch weiterhin informieren zu dürfen.

Aufgrund der neuen Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft trat, informiere ich Sie hiermit über meine neue Datenschutzerklärung, die Sie auch auf meiner Webseite hier finden: <https://www.michael-gahler.de/j/privacy>

Natürlich können Sie sich jederzeit von meinem Newsletter per Email abmelden. Zur Abmeldung oder bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an mich unter michael.gahler@europarl.europa.eu.

Sofern ich nichts Anderes von Ihnen höre, werde ich Ihre personenbezogenen Daten, wie Name und E-Mail, weiterhin gemäß Ihrer Präferenzen und im Rahmen der neuen Datenschutzerklärung nutzen.

Ich freue mich über den weiteren Kontakt und Austausch.

Mit herzlichen Grüßen

Michael Gahler

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 14 E 154
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.77

Europabüro
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 - 932 594

Bildnachweis:
*Europäisches Parlament,
Europäische Kommission*